

**C. Methmann/
A. Haack/J. Eisgruber**
**Wem gehört
der Himmel?**



Das Klima in der Globalisierungsfalle

Chris Methmann/Alexander Haack/Jesko Eisgruber
Wem gehört der Himmel?

Jesko Eisgruber, Politikwissenschaftler, lebt in Potsdam und ist Mitglied der attac AG Globalisierung und Ökologie. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Internationaler Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie Sozialen Bewegungen. Seit 1996 hat er für längere Zeit in Ecuador, Bolivien und Brasilien gelebt und gearbeitet. 2005 war er Mitglied des Kongressbüroteams McPlanet.com Konsum, Globalisierung, Umwelt. Kontakt: jesko.eisgruber@attac.de

Alexander Haack, Politikwissenschaftler mit Schwerpunkten im Internationalen Umweltschutz und Erneuerbaren Energien, hat als Mitglied der attac AG Globalisierung und Ökologie u.a. den Kongress »McPlanet.com – Klima der Gerechtigkeit« mit vorbereitet. Kontakt: alexander.haack@attac.de

Chris Methmann, Politikwissenschaftler, lebt in Hamburg und vertritt die AG Globalisierung und Ökologie im Koordinierungskreis von attac Deutschland. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Themen zwischen sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz und hat den Kongress »McPlanet.com – Klima der Gerechtigkeit« mitorganisiert. Kontakt: chris.methmann@attac.de

AttacBasisTexte 26

**Chris Methmann/Alexander Haack/
Jesko Eisgruber**
Wem gehört der Himmel?
Das Klima in der Globalisierungsfalle

VSA-Verlag Hamburg

Ergänzende Literaturhinweise, Kommentare zu aktuellen
Geschehnissen, mehr Material zur Klimaproblematik unter
www.attac.de/klima

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: www.istockphoto.com und Alexander Haack
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt
ISBN: 978-3-89965-250-5

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Klima der Ungerechtigkeit	9
Grundlagen des Treibhauseffektes	9
Alles nur eine Klimalüge?	10
Ein Planet stirbt	12
Internationale Klimapolitik: Von Rio über Kyoto und Heiligendamm nach Bali	17
Kyoto neu denken	19
Klimawandel ist ein Gerechtigkeitsproblem – Klimaschutz aber auch	24
3. Aufs falsche Pferd gesetzt: Globale Erwärmung und soziale Kälte	25
Kohle oder Atom: alternativlose Alternative?	25
Kohle ohne CO ₂ ?	26
Atomkraft – das geringere Übel?	28
Klimaschutz als Feigenblatt	30
Kyoto: Ausverkauf des Himmels?	31
Clean Development Mechanism	34
Agro-Treibstoffe: Zucker im Tank	37
Aber wenigstens die Zukunft ist grün?	41
4. Die Weltwirtschaftsordnung: Sargnagel für den Klimaschutz	45
Klimaschutz und Freihandel – australischer Wein in deutschen Bäumen	45
Klimakiller Privatisierung	46
Industrialisierte Viehzucht – nicht zu BILLIGen!	48
Brett vorm Kopf? Die Rodung der Wälder	49
Ausgebremst – Patentrecht vs. Klimaschutz	50
IWF & Weltbank: Den Bock zum Gärtner gemacht.....	55

Saubere Energie und Entwicklung – die Trendwende?	58
Fazit	60

5. Hinter den Kulissen:

Kapitalismus und ökologische Modernisierung 62

Vom Raumschiff Erde zum ökologischen Kapitalismus

Die Ökonomisierung der Umweltpolitik

Auf in den Öko-Kapitalismus?

Globalisierter Kapitalismus

Die Herrschaft der Finanzmärkte, ihre Überhitzung
und die globale Erwärmung

Geht Kapitalismus überhaupt solar?

Auf jeden Fall: Das Ende des Klimas

6. Taten statt warten – Ein anderes Klima ist möglich! 80

Bausteine für eine andere Welt

Für einen gesellschaftlichen Aufbruch

7. Zum Weiterlesen 88

1. Einleitung

Dies ist kein Buch über den Klimawandel. Das ist auch gut so, denn sonst wäre es seiner Zeit hinterher. Im Jahr 2007 hat die globale Erwärmung endgültig Eingang in den Mainstream gefunden. Wenn Sturm Kyrill Bäume fällt, man sich im Winter auf dem Balkon sonnt und die Getreideernten wegen verregener Sommer verfaulen, ist der Schuldige schnell ausgemacht: der globale Temperaturanstieg. Seit dem Bericht des ehemaligen Weltbankökonomens Nicholas Stern wissen wir endlich, dass es richtig teuer wird, wenn wir weiter untätig bleiben. Heute werben in ungewohnter Eintracht Umweltverbände und Bild-Zeitung für mehr Klimaschutz. Klimaskeptiker Nummer eins George W. Bush wackelt, und Kanzlerin Angela Merkel tourt für den Klimaschutz durch die Welt. Spätestens seit Al Gores oscargekröntem Film ist die »Unbequeme Wahrheit« Klimawandel in aller Munde. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Nein, denn die schlechte Nachricht lautet: Es gibt noch mehr unbequeme Wahrheiten.

Die erste ist: Klimawandel ist nicht Zukunft, sondern Gegenwart. In vielen Ländern Afrikas geht den Menschen das Wasser aus. In Indien hingegen weiß man nicht wohin, wenn ein ungewöhnlicher Monsun die Sinnflut bringt. Schon heute sind Millionen Menschen auf der Flucht vor den Folgen der globalen Erwärmung. Aber finanzielle Hilfe für Entwicklungsländer bei der Anpassung, Asyl für Klimaflüchtlinge? Fehlanzeige. Dass der Klimawandel ein Problem der globalen Gerechtigkeit ist, das will heute niemand wahrhaben.

Die zweite ist: Auf dem Markt der Lösungsideen tummeln sich zu viele schwarze Schafe. Auf einmal sind Kohle und Atom Klimaschutzler; in den USA werden Agro-Kraftstoffe als »freedom fuel« verkauft. Und auch der europäische Emissionshandel hat bis jetzt kaum nennenswerte Effekte vorzuweisen – nur der Strompreis ist vorsorglich schon mal gestiegen und füllt die Taschen der Energiekonzerne.

Die dritte ist: Globalisierung und Klimaschutz gehen nicht zusammen. Heute ist es modern, in einem Atemzug den »Auf-

schwung der weltweiten Wirtschaft« verstetigen zu wollen und dabei »die Treibhausgasemissionen deutlich und zügig zu verringern« (A. Merkel). Wenn heute der globale Schiffsverkehr mehr CO₂ ausstößt als ganz Afrika, wenn der Flugverkehr immense Wachstumsraten aufweist, sieht da offenbar niemand einen Widerspruch. Dabei untergräbt die gesamte neoliberale Architektur der Globalisierung die Ziele des Klimaschutzes.

Die vierte ist: Klimapolitik hat eine Vergangenheit. Seit dem Erdgipfel von Rio 1992 wird viel erwogen, diskutiert, geplant und ratifiziert. Nur getan wird nichts. »Wir erwägen ernsthaft, den globalen Ausstoß von CO₂ bis 2050 zu halbieren«, hieß es in dem Abschlussdokument des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 folgerichtig. Oftmals entsteht der Eindruck, es habe in der Vergangenheit nur an politischem Willen gefehlt. Dass die Ursachen tiefer liegen, kommt kaum einem in den Sinn. Dabei spricht einiges dafür, dass die Machtverhältnisse im globalisierten Kapitalismus dem Klimaschutz im Wege stehen. Er steht noch immer, oder sogar immer mehr unter dem Primat der Wirtschaftlichkeit.

Von diesen und anderen unbequemen Wahrheiten handelt dieses Buch (in dem die männliche und weibliche Form abwechselnd benutzt werden). Ausgehend von sehr konkreten Beispielen wollen wir zeigen, dass die globale Erwärmung nicht einfach irgendein Umweltproblem ist. Klimawandel und Klimapolitik haben massive soziale Auswirkungen. Klimaschutz geht an die Wurzeln unseres Wirtschaftssystems. Und mit der Globalisierung des Kapitalismus steht die gegenwärtig mächtigste Tendenz unserer Gesellschaft der Lösung des Klimaproblems entgegen. Also: Wer über den Klimawandel sprechen will, der darf zum Kapitalismus nicht schweigen. Wie sich das dann anhören könnte, diskutieren wir im letzten Kapitel. Dies ist eine Einführung, deswegen werden am Ende einige Fragen offen bleiben. Eine allerdings nicht: Der Klimawandel ist viel mehr eine soziale als eine ökologische Frage.

6. Taten statt warten – Ein anderes Klima ist möglich!

»Wer bereits längere Zeit als Klimatologe tätig ist, der fühlte sich in den letzten Monaten wie Stanislav Lem's wackerer Astronaut Ijon Tychy, der auf einer seiner abenteuerlichen Raumfahrten in eine bizarre Zeitschleife geraten war. Der Weltklimabericht des »Intergovernmental Panel on Climate Change« IPCC erscheint und warnt vor den Folgen unseres Ausstoßes von Treibhausgasen – das hatten wir schon 1990. Die wissenschaftlichen Fakten rütteln Öffentlichkeit und Politik auf. Die Staatschefs befassen sich mit dem Klimawandel und beschließen Gegenmaßnahmen«, schreibt der Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf (2007a). Der gegenwärtige Wirbel um die globale Erwärmung ist nichts Neues. Nur eines hat sich verändert: Heute liegen die Kohlendioxid-Emissionen der Industriestaaten um mindestens 16% über denen von 1990 (DIW 2006).

Fast wöchentlich gibt es eine neue Meldung, dass der Klimawandel noch heftiger und früher zuschlägt als erwartet, dass die Arktis nicht erst in 35-40 Jahren, sondern schon in 15-20 Jahren eisfrei sein wird etc. Dass wir Menschen das Klima verändern, ist inzwischen eine unumstößliche Tatsache. Das eigentlich unbequeme daran ist aber die klägliche Bilanz von 15 Jahren Klimapolitik. Es ist höchste Zeit, sich diese unbequeme Wahrheit einzugestehen. Nicht weniger ist notwendig, als die herrschenden klimapolitischen Anschauungen radikal zu überdenken. Natürlich existieren inzwischen viele hoffnungsvolle Ansätze. Und natürlich werden viele der bisherigen Antworten nicht automatisch falsch: Um jeden Preis muss bis 2050 der globale CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 mindestens halbiert werden. Die Industrieländer müssen ihre Emissionen um 80% reduzieren. Eine Kombination aus erneuerbaren Energien und Energiesparen ist der einzig realistische Weg dafür. Aus diesem Grund brauchen wir ein starkes internationales Rahmenabkommen. Das ist soweit alles richtig.

16% mehr Treibhausgase in 15 Jahren zeigen aber eindrücklich, dass die herkömmlichen Antworten bei weitem nicht ausreichen. Der Klimawandel ist kein technisches oder ökologisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Daraus ergeben sich drei Kernpunkte, ohne die echter und gerechter Klimaschutz nicht auskommt:

Der Klimawandel ist *erstens* eine Frage der Gerechtigkeit. Die Veränderung des Klimas betrifft die gesamte Welt. Aber bedroht, vertrieben und sogar getötet werden gerade die, die nichts für die Ursachen können. Auf der anderen Seite wird sich der globale Süden aber nur in den Klimaschutz einbeziehen lassen, wenn er gerecht organisiert wird. Das heißt im Klartext: Der Norden muss für die Klimaschäden im Süden aufkommen und die notwendige Anpassung in Städtebau, Küstenschutz, Landwirtschaft usw. bezahlen. Außerdem verdient ein jeder Mensch das gleiche Recht auf CO₂-Ausstoß, wobei den ökologischen Schulden des Nordens dabei Rechnung getragen werden muss. Nur ein Klimaregime, das diese beiden fundamentalen Prinzipien ökologischer Gerechtigkeit berücksichtigt, verdient seinen Namen.

Zweitens ist die Debatte um die globale Erwärmung gefangen im neoliberalen Paradigma. Wie irrational diese ökonomische Rationalität ist, hat Guillaume Paoli (2006) in wenigen Sätzen auf den Punkt gebracht: »Die ursprüngliche Frage, ob sich der Weltuntergang vertagen lässt, wird durch die ersetzt, ob sich das Unterfangen rechnet. Wenn einem Land der Krieg erklärt wird, fragen sich die Angegriffenen nicht, ob sich die Verteidigung finanziell lohnt – Entscheidungsträger, die jetzt noch Wachstum als das oberste Ziel vorgeben, sollten als Selbstmordattentäter betrachtet werden.« Der Klimawandel gilt seit dem Stern-Report als das größte Marktversagen unserer Geschichte. Und ausgerechnet da soll der Markt es richten.

Ohne Zweifel ist der ökologische Umbau unserer Gesellschaft ein profitables Geschäft. Und es spricht auch nichts dagegen, mit Klimaschutz Geld zu verdienen. Doch oft genug geschieht dies auf Kosten des Südens und der Umwelt. Wird der Klimawandel auf ein Kosten-Nutzen-Kalkül reduziert, geraten Prinzipien wie ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus dem Blick. Der

Handel mit Biokraftstoffen und der Clean-Development-Mechanismus sind eindrückliche Beispiele, wie Klimaschutz mit einer schrägen ökonomischen Logik nach hinten losgehen kann. Der Klimaschutz muss aus dem goldenen Käfig der ökologischen Modernisierung befreit werden. Klimaschutz ist in erster Linie eine Frage ökologischer Notwendigkeit und sozialer Grenzen, nicht aber eine Frage der Kosteneffizienz.

Wir werden *drittens* die globale Erwärmung nur dann auf ein einigermaßen erträgliches Maß reduzieren können, wenn wir gleichzeitig für eine andere Globalisierung eintreten. Der Globalisierung des Finanzmarktkapitalismus müssen wir mit einer demokratischen Globalisierung von unten begegnen. Eine solche globale Demokratie ist untrennbar verbunden mit der Forderung nach globalen sozialen Rechten, demokratischer Regulierung von Eigentum, der gerechteren Verteilung von Reichtum, der Demokratisierung der Gesellschaft und der Ausweitung solidarischer Ökonomie. Eine andere Welt braucht starke internationale Institutionen, die diese Ansprüche durchsetzen. Sie braucht eine nationalstaatliche Politik, die soziale und ökologische Rechte über Wachstum und Gewinn stellt. Und sie braucht eine solidarische Gesellschaft, die Druck auf Politik und Wirtschaft macht und Ansätze für eine andere Wirtschaftsordnung erprobt und ausweitet. Nur in einer solchen Weltgesellschaft wird sich ökologische Gerechtigkeit und damit Klimaschutz verwirklichen lassen. Ein Kampf zur Rettung des Klimas muss gleichermaßen ein Kampf gegen die Globalisierung des Kapitalismus sein.

Spätestens jetzt wird mancher entgegenen: Für tiefgreifende Veränderungen bleibt keine Zeit. Das drohende Klimachaos duldet keinen Aufschub. Was aber, wenn es ohne diese tiefgreifenden Veränderungen nicht geht? 15 verlorene Jahre und ein Streifzug durch verschiedene Facetten der Klimapolitik, den wir in diesem Buch unternommen haben, deuten darauf hin, dass Klimaschutz nur mit einem grundlegenden Umbau der Weltgesellschaft zu machen sein wird. Wir können nicht auf die Weltrevolution warten. Aber wir können es uns erst recht nicht erlauben, die Augen vor den Wurzeln der Misere zu verschließen.

Bausteine für eine andere Welt

Glaubhafte Alternativen zum Bestehenden können nur aus der Gesellschaft heraus entstehen (Alt Vater 2005). Wenn wir ökologische Modernisierung und globalisierten Kapitalismus dermaßen in Frage stellen, dann geht die Kritik ans Grundsätzliche und die Gegenvorschläge werden vage. Das ist notwendigerweise so, denn tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel entsteht nicht am Reißbrett, und ein umfassendes Bild einer neuen Weltordnung kann nicht mal einfach so an die Wand projiziert werden. Es geht also um Bausteine für eine andere Politik.

Das Kyoto-Protokoll braucht ein starkes Nachfolge-Abkommen, das auch Entwicklungsländer einschließt. Dieses muss verbindliche Reduktionsziele bis 2050 auf Basis eines pro-Kopf-Ansatzes festlegen. Grundlage muss dabei die historische Verantwortung der Industrieländer sein, und den unterschiedlichen Reduktionskapazitäten einzelner Länder muss Rechnung getragen werden. Damit wäre sicher gestellt, dass nicht die mächtigen Blockierer als Gewinner aus den Verhandlungen hervorgehen. Das Modell *contraction and convergence* kann hierbei als Vorbild dienen. Der *Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung* (CDM) muss durch verbindlichen Technologietransfer und einen Fonds ersetzt werden, der erneuerbare Energien im Süden aufbaut und Anpassungsmaßnahmen wie z.B. Deiche finanziert.

Für diesen Fonds muss die Entwicklungshilfe des Nordens großzügig aufgestockt werden. Die Mittel müssen zusätzlich zu den für die Armutsbekämpfung bestimmten 0,7% des BIP geleistet werden. Weitere Mittel werden durch die globale Besteuerung des Schiffs- und Flugverkehrs eingenommen, der wegen Zuordnungsproblemen aus den Länderemissionen rausgerechnet wird. Auch müssen sämtliche weiteren indirekten Subventionen (Mehrwertsteuerbefreiung beim Kauf von Flugzeugen, Grundsteuerbefreiung von Flughäfen, Sonderabschreibungen beim Kauf von Schiffen usw.) eingestellt werden. Die merkwürdige Doppelmoral der Verkehrspolitik käme damit an ihr Ende.

Der Emissionshandel bleibt einen Beweis für seine Tauglichkeit bis jetzt schuldig. Deshalb sollte er als Instrument in zukünftigen Abkommen keine Berücksichtigung finden – insbesondere

dürfen zwischen Nord und Süd keine Verschmutzungsrechte gehandelt werden. Dort, wo er wie in der EU schon in Kraft ist, müssen die Zertifikate zu 100% versteigert werden. Sollte sich der Emissionshandel als ungerecht und ineffektiv erweisen, muss er durch Energiesteuern ersetzt werden.

Die Industrieländer müssen schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umschwenken. Der Energieexperte Hermann Scheer (2002) hat hierzu überzeugende Konzepte vorgelegt. Aber gerade auch im Süden muss der fossile Pfad verlassen oder gar nicht erst betreten werden. Damit klimafreundliche Technologien allen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen, muss ihr Patentschutz außerhalb der Industrieländer aufgeweicht werden.

Demokratische Reformen in IWF und Weltbank müssen zu einer fairen Stimmengewichtung führen, lokale Gemeinschaften müssen ein Mitspracherecht bei Projekten bekommen. IWF und Weltbank dürfen keinen Cent mehr in fossile Projekte stecken, sondern das freiwerdende Geld in regenerative Energien investieren. Strukturanpassungsprogramme gehören abgeschafft.

Wirklicher Klimaschutz hängt eng mit Armutsbekämpfung zusammen. Diese ist am ehesten durch autarke Energieversorgungssysteme gewährleistet, um das wenige Geld der Entwicklungsländer nicht auch noch für Energieimporte auszugeben. Mit diesen beiden Ansätzen sollte sicher gestellt werden, dass die Organisationen nicht mehr als Instrumente der Rohstoffsi- cherung für Industrieländer missbraucht werden.

Die Deglobalisierung verlangt nicht einen Rückfall in Klein- staaterei mit hohen Schutzzöllen gegen alles und jeden (Bello 2005). Aber soziale und ökologische Rechte müssen Vorrang vor vermeintlichen komparativen Kostenvorteilen erhalten. In einem ersten Schritt bekommen Transportdienstleistungen ihre wahren Kosten, sodass sich Handelsströme schon aus Kosten- gründen regionalisieren. Das mindert das Verkehrsaufkommen. Wenn wirtschaftlich schwache Staaten zudem ihre Handels- und Kapitalströme wieder selbst regulieren können und nicht von der WTO zur Liberalisierung gezwungen werden, gewinnen sie an Handlungsspielraum beim Schutz sozialer und ökologischer Be-

lange. Gerade Freihandel mit Agrargütern gehört abgeschafft, denn er untergräbt die Ernährungssouveränität und fördert die Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft.

Die WTO greift zu stark in nationale Kompetenzen ein und unterhöhlt damit aktiven Klimaschutz. Es muss fortan möglich sein, ohne Vertragsverletzungsverfahren Ausnahmen des GATT und des GATS im Rahmen einem Border Tax Adjustment vorzunehmen, um klimafreundlich hergestellte Produkte bevorzugen zu können. Die rein auf wirtschaftliche Kriterien ausgerichteten Grundprinzipien der Meistbegünstigung und Inländerbehandlung müssen insofern eingeschränkt werden. Denn ein Produkt ist eben nicht nur ein Produkt, sondern es trägt immer einen ökologischen und sozialen Fußabdruck.

Die Logik der Finanzmärkte, der häufig Klimaschutz zum Opfer fällt, muss gebrochen werden. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist notwendig: Kurzfristige Spekulation muss unterbunden, Hedgefonds verboten werden. Devisentransaktionen und Börsengewinne gehören global besteuert. Weiterhin sind solche Kapitalverkehrskontrollen denkbar, die investiertes Kapital langfristig binden. Als Gegengewicht zur Herrschaft der Finanzmärkte braucht es eine Demokratisierung von Unternehmen und betriebliche Mitentscheidungen bei Firmenübernahmen. Als Gegengewicht zur Globalisierung des Finanzmarktkapitalismus ist eine Globalisierung der Demokratie erforderlich, sonst wird die wirtschaftliche Dynamik dem Klimaschutz das Wasser entziehen. Dazu gehört auch die Forderung nach globalen sozialen Rechten. Klimaschutz muss mit Armutsbekämpfung Hand in Hand gehen. Prekäre Lebensverhältnisse müssen der Vergangenheit angehören. Ein jeder Mensch hat ein Recht auf ein würdiges Auskommen, ob mit Arbeit oder auch ohne – das gilt weltweit.

Der globalen Reichtumsökonomie entgegentreten heißt auch, die Verfügungsrechte von Kapital und Eigentum zu beschränken. Klimaschutz braucht Gemeineigentum. Das Beispiel der vier großen Energiekonzerne in Deutschland zeigt, dass klimasensible Bereiche wie die Energieversorgung unter öffentliche Kontrolle gehören – und nicht umgekehrt. Die Energiekonzerne müssen daher in die öffentliche Hand überführt werden. Damit ist

nicht die Verstaatlichung, sondern eine Vergesellschaftlichung gemeint. In Sacramento im US-Bundesstaat Kalifornien wird der Direktor der örtlichen Stadtwerke gemeinsam mit den Kommunalwahlen gewählt – ein Grund dafür, dass Sacramento inzwischen einen großen Anteil erneuerbarer Energien besitzt.

Als konkrete Alternative zum Bestehenden entstehen weltweit verschiedene Formen der solidarischen Ökonomie. In Argentinien besetzen Arbeiter Fabriken, die geschlossen werden sollen, und betreiben sie in Eigenregie erfolgreich weiter. In Deutschland erproben eine Vielzahl genossenschaftlicher Projekte ein Wirtschaften jenseits des Konkurrenzzwangs. Diese Ansätze müssen gefördert werden. Das Beispiel der Elektrizitätswerke Schönau zeigt, dass solche Ansätze auch in der Energiepolitik vielversprechend sind. Die »Stromrebell« kauften ihr lokales Energieerzeugungsnetz auf und sind inzwischen bundesweit erfolgreich bei der Produktion von Ökostrom.

Für einen gesellschaftlichen Aufbruch

Diese Bausteine können nicht mehr als einen Anfang darstellen. Natürlich funktionieren sie nur dann, wenn auch die Einzelnen bereit sind, ihren persönlichen Lebensstil zu verändern. Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter kostet kaum mehr als herkömmlicher Strom. Standby-Schaltungen kann man getrost auslassen. Und mit dem Fahrrad kommt man auch zum Einkaufen. Der Weg zu einem anderen Lebensstil führt aber nur sehr begrenzt über die richtige Entscheidung im Supermarkt. Denn unsere ökonomische Logik bestimmt das persönliche Verhalten. »Geiz ist geil« als Maxime alltäglichen Handels ist die logische Folge eines globalisierten Kapitalismus, der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne zum Humankapital wird, kann ihren Mitgliedern nicht vorwerfen, dass sie mit dem Flugzeug von Hamburg nach München fliegen, wenn es billiger als die Fahrt mit der Bahn ist. Denn die Ich-AG arbeitet kosteneffizient.

Transfair-Kaffee, Brent-Spar und Biolandbau: Viele Beispiele zeigen, dass der Einzelne etwas bewegen kann – aber auch, dass nachhaltiger Konsum die Gesellschaft als Ganzes überfordert.

Entscheidend ist, dass wir uns als Einzelne nicht nur als Konsumenten, sondern als Bürger verhalten.

Denn eines haben die skizzierten Bausteine gemeinsam: Sie können nur Realität werden, wenn wir ausreichend gesellschaftlichen Druck hinter ihnen versammeln. Zu beharrlich sind die Kräfte, die an fossilen Energien und globalisierter Weltwirtschaft verdienen. Wir werden den Klimawandel nicht mit diesen Kräften verhindern, sondern nur gegen sie. Notwendig ist ein gesellschaftlicher Aufbruch, der sich mit neuer Radikalität gegen die herrschenden Interessen in Politik und Wirtschaft stemmt.

Kurz: Eine Klimabewegung muss her. Eine Klimabewegung, die den Zusammenhang zwischen Ökologie und Gerechtigkeit, Globalisierungskritik und Klimapolitik in den Mittelpunkt rückt. Eine Klimabewegung, die gemeinsam in Nord und Süd für eine andere Umwelt streitet. Eine Klimabewegung, die mit politischem Protest, juristischer Gegenwehr und zivilem Ungehorsam offensiv die Machtfrage stellt.

Anknüpfungspunkte für eine solche Bewegung gibt es zu Hauf. An den Stellen, an denen die Politik Klimaschutz predigt, aber Wirtschaftsinteressen dient, müssen wir als Gesellschaft die Machtverhältnisse gerade rücken. Wer heutzutage im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte ernsthaft neue Kohlekraftwerke baut, muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn Spritschleudern wie Geländewagen als moderne Form der Fortbewegung verkauft werden, muss gesellschaftlicher Gegenwind entstehen. Wenn Politiker sich mit unverbindlichen Ankündigungen aus der Affäre ziehen, muss die Bewegung auf die Straße gehen. Allein während wir dieses Buch geschrieben haben, wurden in Köln, Bremen und Bielefeld Kohlekraftwerksplanungen eingestellt, weil sie gesellschaftlich nicht durchsetzbar waren. Hamburg wackelt. Man kann diese Kämpfe gewinnen, wenn man sie nur aufnimmt. Wer, wenn nicht wir, sollte diesen Unsinn verhindern!